

Bundestag direkt

Info-Brief der SPD-Landesgruppe SH
Ausgabe 2/12 - Juni 2012



Der Koalitionsvertrag — ein gutes Fundament



Die Verhandlungsgruppe der drei Parteien, die den Koalitionsvertrag verhandelte. Aus der Landesgruppe waren Sönke Rix und Bettina Hagedorn dabei, in den Arbeitsgruppen berieten auch Ernst Dieter Rossmann und Franz Thönnies mit.

- Von Sönke Rix -

Schleswig-Holstein hat wieder einen sozialdemokratischen Ministerpräsidenten. Er steht an der Spitze einer Landesregierung, die das Land moderner, liberaler und sozialer machen wird. Grundlage für die Regierungspolitik von SPD, Grünen und SSW ist der Koalitionsvertrag, den alle drei Parteien einstimmig abgesegnet haben. Das ist ein starkes Signal – wie auch Beobachter, die dieser Koalition nicht unbedingt wohlwollend gegenüber stehen – einräumen mussten.

Die Koalitionsverhandlungen fanden in einer sehr angenehmen und konstruktiven Atmosphäre statt. Alle drei Parteien und

ihre Akteure haben langjährige politische Erfahrung durch die Arbeit im schleswig-holsteinischen Landtag und stimmen zudem in grundlegenden politischen Fragen überein.

So stehen SPD, Grüne und SSW bereits seit vielen Jahren für eine Bildungspolitik ohne Zugangsbarrieren und für ein längeres gemeinsames Lernen. Wichtig ist in diesem Zusammenhang auch, dass wir uns dazu bekennen, den Krippen- und Kindergarten-ausbau endlich voranzubringen. So wird sich das Land zur Entlastung der Kommunen in einem ersten Schritt an den Betriebskosten der Betreuung der unter Dreijährigen beteiligen. Die Einführung des

Betreuungsgeldes lehnt die Koalition ab. Ein eindeutiges Bekenntnis gibt es zu den Hochschulen des Landes: Schließungen wird es mit dieser Landesregierung nicht geben – ebenso wenig wie Studiengebühren.

In der Wirtschaftspolitik setzen wir eher auf den Ausbau der Datenautobahn mit Hochgeschwindigkeitsnetzen als auf Beton und breite Straßen! Wir stehen zum Ausbau des Nord-Ostsee-Kanals, zur Elbvertiefung, zum Ausbau der B 5 und zur geplanten Stadt-Regional-Bahn in der Region Kiel. Und auch die A 20 wird – anders als die aufgeregten Reaktionen vermuten lassen – keineswegs aufgegeben. Wir stellen das Verfahren allerdings auf die Füße und sagen an den Fakten orientiert: Wir schaffen in dieser Legislaturperiode den Anschluss der A 20 an die A 7 – mehr nicht!

Wir haben in diesem Koalitionsvertrag eine Bundesratsinitiative für die Einführung eines flächendeckenden Mindestlohns von 8,50 Eu-

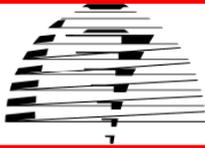
ro ebenso vereinbart wie die Einführung eines modernen Tarif-Treuegesetzes. Und auch in der Energiepolitik gibt es einen breiten Konsens: Wir werden die Energiewende kraftvoll vorantreiben. Für unser Land bietet das in erster Linie wirtschaftliche Chancen: Schleswig-Holstein kann in Deutschland zum Top-Standort für erneuerbare Energien werden. CCS und Fracking lehnen wir ab. Die Landesregierung wird beides bis zu einem bundeseinheitlichen Verbot via Landesgesetz verhindern.

Gleichzeitig eint uns unser gesellschaftspolitischer Ansatz, der im demographischen Wandel eine Chance sieht, für eine moderne Familien- und Generationenpolitik eintritt und für soziale Absicherung und faire Chancen sorgt. Frauenberatungsstellen, Frauenhäuser, Prävention, Landesblindengeld und eine aktive Gleichstellungspolitik gehören für uns zu einem modernen und sozialen Land dazu. Wir bekennen uns zu den natio-

- Fortsetzung auf Seite 2 -

Weitere Themen dieser Ausgabe

- Echte Chancen für Alleinerziehende Seite 3
- Buchvorstellung „Wir sind die Guten“ Seite 4
- Ostseetage im Bundestag Seite 5
- Ausflugstipps für die Sommerferien Seiten 8 & 9
- Regierung verdupelt Neuverschuldung Seite 10
- Starke Hochschulen für unser Land Seite 11



- Fortsetzung von Seite 1 -

nenalen Minderheiten der Dänen, Friesen, Sinti und Roma als ein elementarer Teil Schleswig-Holsteins. Zudem werden wir mehr Demokratie leben – u.a. mit einem Wahlrecht ab 16.

Bei alledem bekennen wir uns zu Haushaltskonsolidierung und Schuldenbremse, aber auch dazu, dass Sparen kein Selbstzweck ist. Manches wird die Landesregierung zur Konsolidierung des Haushaltes in Angriff nehmen. Aber ein Großteil der finanzpolitischen Misere kann nur durch bundespolitische Entscheidungen, verbessert werden, indem die Einnahmehöhe für Land und Kommunen erhöht wird. Ich nenne nur die Stichworte Besteuerung bei Vererbung oder Schenkung großer Vermögen, Erhöhung des Spitzensteuersatzes, Einführung einer Vermögenssteuer bzw. Vermögensabgabe, aber auch Bildungs-Soli, Altschulden-Tilgungsfonds für Länder und Kommunen und Föderalismus-Reform.

Der Haushalt 2013 soll viele Ungerechtigkeiten und Schiefen beseitigen: bei den Zuschüssen für die Schulen der dänischen Minderheit, bei der Finanzierung der Krippenversorgung, bei der Finanzierung der stufenweisen Erhöhung von Ausbildungsplätzen in der Altenpflege und bei den Mitteln für den ökologischen Landbau.

Diese sehr große Schnittmenge an gemeinsamen Grundüberzeugungen ist das Fundament für unsere neue Landesregierung. Sie wird unsere Unterstützung aus Berlin brauchen – insbesondere einen Sieg bei der Bundestagswahl 2013!

Betreuungsgeld — alles wieder offen?

Noch vor der Sommerpause sollte nach dem Willen der schwarz-gelben Koalition das Gesetz zur Einführung eines Betreuungsgeldes im Deutschen Bundestag beschlossen werden. Nach wochenlangen Querelen und öffentlichen Diskussionen schien es, als könnte es der Regierung nicht schnell genug gehen. – Allerdings ist dieser Plan nicht aufgegangen. Am vergangenen Freitag, als das Gesetz zur Einführung des Betreuungsgeldes erstmals parlamentarisch beraten werden sollte, war der Deutsche Bundestag beschlussunfähig und die Sitzung wurde abgebrochen.

Dabei handelte es sich keineswegs um Arbeitsverweigerung der Oppositionsabgeordneten. Natürlich waren wir vor Ort. Allerdings waren wir mit dem von den Regierungsfractionen forcierten verkürzten Verfahren nicht einverstanden, so dass wir dem Plenum im entscheidenden Moment mit voller Absicht fernblieben. Zum Abbruch der Sitzung hingegen führte allein die Tatsache, dass auch große Teile der Koalitionsabgeordneten nicht im Plenum waren. Immerhin haben sie die nötige Mehrheit und hätten so die Beschlussfähigkeit herstellen können. Dass es sich dabei lediglich um ein organisatorisches Missgeschick handelte, daran lässt sich angesichts der hinter vorgehaltenen Hand geäußerten lobenden Worte v.a. von CDU-Politikerinnen zweifeln.

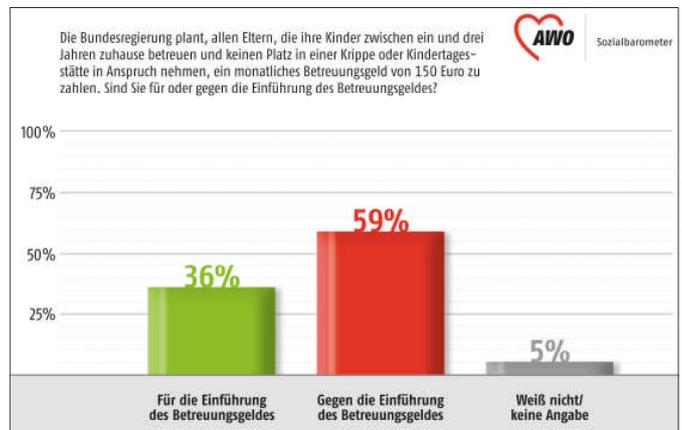
Ich halte nichts vom Betreuungsgeld, denn diese „Fernhalteprämie“ lässt fatale Konsequenzen befürchten.

Von Anfang an waren die Planungen für ein Betreuungsgeld unausgegoren und unlogisch. Warum sollen Eltern Geld dafür bekommen, dass sie eine öffentliche Einrichtung nicht nutzen? Werden wir in Zukunft auch Geld dafür bekommen, wenn wir versprechen, nie wieder in eine Bibliothek oder in ein Theater zu gehen?

vielen Kindern. Viele dieser Empfängerinnen haben einen Migrationshintergrund. Die Betreuung zuhause bedeutet für viele Kinder einen Bildungsnachteil gegenüber in Kitas betreuten Kindern.

Außerdem hat das Betreuungsgeld laut der FES-Studie in Skandinavien schlechte Auswirkungen auf die Chancengleichheit von Frauen und Männern, den Ausbau der öffentlichen Kinderbetreuung sowie die Berufstätigkeit von Müttern. Letzteres zieht wiederum verringerte Rentenansprüche der Frauen nach sich.

Dies sind Entwicklungen, die ich mir für Deutschland nicht wünsche. Wir brau-



Quelle: TNS Infratest Politikforschung im Auftrag des AWO-Bundesverbandes e.V. / www.awo-sozialbarometer.org. Befragt wurden 1.000 Personen ab 18 Jahren am 29. und 30.05.2012.

Sowohl die kürzlich veröffentlichte Studie der OECD als auch die der Friedrich-Ebert-Stiftung (<http://library.fes.de/pdf-files/id/09036.pdf>) zeichnen ein Bild von den Entwicklungen, die mit Einführung des Betreuungsgeldes zu erwarten sind. – Zusammengefasst: Die Bezieher des Betreuungsgeldes sind zu über 90 Prozent Frauen. Darunter v.a. Mütter mit geringem Bildungsstand, niedrigem Einkommen und

den Kita-Ausbau, wir brauchen frühkindliche Bildung, wir brauchen Fachkräfte für unsere Wirtschaft und wir brauchen Frauen, die für das Alter vorsorgen.

Die norwegische Regierung wird im Herbst das Betreuungsgeld wieder abschaffen. Für uns ist klar: Wenn das Betreuungsgeld tatsächlich nach der Sommerpause kommt, werden wir es Norwegen nach der nächsten Bundestagswahl gleich tun. **Sönke Rix**

Antrag der SPD: echte Chancen für Alleinerziehende

41 Prozent der Alleinerziehenden in Deutschland sind abhängig von Sozialleistungen nach SGB II – im Vergleich zu acht Prozent der Mütter in Paarhaushalten mit Kindern. Sie sind öfter und wesentlich länger im Leistungsbezug. Dabei sind diese Alleinerziehenden weder überdurchschnittlich jung oder kinderreich, noch bildungsarm, unmotiviert oder arbeitsmarktfern. Dass sie auf dem Arbeitsmarkt eine besondere Problemgruppe darstellen, liegt allein daran, dass sie zeitlich eingeschränkter als andere sind, weil sie für ihre Kinder allein die Verantwortung tragen. Das gilt in der heutigen Arbeitswelt als ein großes Manko.

Die Folge: Insbesondere alleinerziehende Frauen sind häufig prekär beschäftigt, wenn sie denn Arbeit haben. Sie verdienen weniger, sind öfter befristet beschäftigt und arbeiten – obwohl die Quote der vollzeitbeschäftigten Mütter unter den Alleinerziehenden besonders hoch ist – häufiger in unfreiwilliger Teilzeit als Mütter aus Paarhaushalten. Sie profitieren zudem nicht von familienbezogenen Leistungen wie dem Ehegattensplitting oder der kostenlosen Mitversicherung. Dass alleinerziehende Mütter in eine Beschäftigung vermittelt werden können, die für sie und ihre Kinder existenzsichernd ist, ist demnach leider eher die Ausnahme als der Regelfall.

Erschwerend kommt hinzu, dass viele Jobcenter nur wenig Mühe darauf verwenden, Alleinerziehende zu fördern und vermitteln. Eine dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales 2009 vorgelegte Studie zeigte: Alleinerziehende wurden schlechter beraten, waren unterdurchschnittlich oft in Maßnahmen, schlossen weniger Eingliederungsvereinbarungen ab und wurden seltener vermittelt. Das ließ auch bei Ministerin von der Leyen die Glocken läuten: Alleinerziehende sind seit 2010 einer von sechs Geschäftsschwerpunkten

der Bundesagentur für Arbeit.

Immer mehr Alleinerziehende partizipieren nun von den Maßnahmen, aber das allein verbessert ihre Arbeitsmarktsituation nicht. Sie brauchen nicht nur mehr Förderung – die gesamte Arbeitsmarktpolitik muss ihrer Lebenswirklich-



keit Rechnung tragen. Dies ist bis dato noch nicht der Fall. So sind die geforderten Arbeits- und Wegzeiten für arbeitslose Alleinerziehende oft viel zu lang. Sofern die Kinderbetreuung gewährleistet ist, kann auch von ihnen ein Umzug verlangt werden. Sie verlieren so aber ihre privaten sozialen

Unterstützungsnetzwerke. Gehen sie eine neue Partnerschaft ein und gründen einen gemeinsamen Haushalt, ist der neue Partner sogar für die Kinder sofort einstandsverpflichtet, und nicht wie bei Paaren ohne Kinder erst nach einem Jahr. Konsequenz: Alleinerziehende im Leistungsbezug bleiben meist alleinerziehend. Solche strukturellen Barrieren müssen abgeräumt werden! Dies fordert die AG Arbeit und Soziales der SPD-Bundestagsfraktion in dem Antrag „Neue Strategien für eine bessere Förderung von Alleinerziehenden in der Grundsicherung“, der nächste Woche in den Bundestag eingebracht wird.



Gabriele Hiller-Ohm ist Mitglied im Ausschuss für Arbeit und Soziales

wertige Betreuungsangebote zur Verfügung stehen. Auch für Mütter, die in Schicht arbeiten und heute besonders von Langzeitarbeitslosigkeit betroffen sind. Arbeitsmarktpolitische Maßnahmen müssen ebenso in Teilzeit angeboten werden wie das Nachholen von Schulabschlüssen.

Daran schließt sich an: Wir müssen dringend über kürzere Arbeitszeiten sprechen! Wir müssen eine familienfreundliche Arbeitswelt gestalten, denn nicht nur Alleinerziehende, auch Mütter aus Paarhaushalten kranken in ihrer beruflichen Entwicklung an der Orientierung am überkommenen männlichen Alleinverdienermodell. Familienfreundlichkeit kann nicht nur heißen, Kinder möglichst umfanglich „wegzuorganisieren“. Eltern, insbesondere alleinerziehende, haben besondere Kompetenzen – auch darum muss es gehen!

Und nicht zuletzt: Ein gesetzlicher Mindestlohn nicht unter 8,50 Euro pro Stunde und gleiche Bezahlung von Männern und Frauen könnte die hohe Quote der Alleinerziehenden im SGB II-Bezug deutlich reduzieren.

Gabriele Hiller-Ohm

Quelle: www.pixelio.de

Weil v.a. Frauen betroffen sind, muss Gleichstellungspolitik im SGB II gesetzlich institutionalisiert werden. Die Grundsicherungsstellen müssen ihren Auftrag wahrnehmen, Kinderbetreuung sicherzustellen. Dafür müssen überall ausreichend bedarfsgerechte und hoch-



„Wir sind die Guten“

Ein sozialdemokratischer Blick auf Anforderungen der deutschen Verteidigungspolitik

„Nie wieder Krieg“ war lange Zeit die moralische Maxime der Bundesrepublik. Es gab zwar eine Armee, aber deren Aufgabe war gerade nicht das Kämpfen – sondern durch ihre pure Existenz einen dritten Weltkrieg verhindern zu helfen. Deutschland ist darüber ein geradezu pazifistisches Land geworden. Wir misstrauen jeglichem Einsatz von Militär – wir haben ja auch allen historischen Grund dazu.

Wenn wir heute trotzdem die Bundeswehr ins Ausland schicken, dann wollen wir die Soldaten am liebsten als Brunnenbauer sehen, als kulturelle Vermittler mit Verständnis für fremde Lebensumstände: als die *Guten* eben, besonders, wenn man sie mit manchen unserer oft etwas ramboartig auftretenden Bündnispartner vergleicht. Dass Bundeswehrsoldaten auch Menschen töten oder getötet werden könnten, ist uns unangenehm. Dabei gilt: Man kann so und so schuldig werden: Wenn man ein-



Dr. Hans-Peter Bartels (51.) ist seit 1998 Bundestagsabgeordneter für den Wahlkreis Kiel und SPD-Verteidigungsexperte. Er beschreibt aus nächster Nähe und mit politischem Hintergrundwissen die Bundeswehr im weltweiten Einsatz, die Armee in der Dauerreform, die Ansprüche der Bündnispartner, die Bestrebungen der Rüstungsindustrie und die Mühen der politischen Verantwortlichen um eine gute Armee.

greift – aber auch, wenn man *nicht* interveniert.

Seit zwei Jahrzehnten beteiligt sich nun das wiedervereinigte, souveräne Deutschland tatsächlich an internationalen Militäreinsätzen zur Wahrung des Friedens. Willy Brandts testamentarische Mahnung „Wer Unrecht lange geschehen lässt, bahnt dem nächsten den Weg“ wird von schwarz-gelben wie von rot-grünen Regierungen beherzigt.

Auslandseinsätze, die kontinuierliche Verkleinerung der Truppe und Dauerreformstress gehören seit dem Ende des Ost-West-Konflikts zu den Grunderfahrungen deutscher Soldaten. Organisatorisch wird die Bundeswehr gerade auf das Afghanistan-Szenario ausgerichtet – als ob nie-

mals mehr etwas anderes passieren könnte.

Die Erwartungen verbündeter Nationen übertreffen bei weitem die Selbsteinschätzung der Deutschen, die immer noch gern glauben wollen, man könne sich wie zu Zeiten der Teilung im Windschatten der Mauer diskret aus den Konflikten der Welt heraushalten. Für das größte Land in Europa, die zweitstärkste Exportmacht und die viertgrößte Volkswirtschaft der Welt gibt es aber keinen stillen Winkel mehr.

Orientierungspunkt für die deutsche Politik bleiben wie im Kalten Krieg die USA – im Guten wie im Schlechten. Ihr Unilateralismus wird hierzulande beklagt, aber die Verantwortung des Multilateralismus nur von Fall zu Fall akzeptiert. Vor dem

Aufbau einer europäischen Armee schrecken die deutschen Verteidigungsminister bisher noch zurück. Wo bliebe da die Souveränität, das Primat der (deutschen) Politik, der Parlamentsvorbehalt, die Chance auf doch noch einen Sonderweg?

Über die veränderte Bedeutung des Militärischen für die sozialdemokratische und für die deutsche Politik, über die Wandlung der Bundeswehr und über das neue Selbstverständnis einer „normalen“ europäischen Mittelmacht gibt dieses Buch Auskunft. Es spürt Missverständnissen, Illusionen und Mythen nach, die mit unserer Geschichte, aber auch mit dem „freundlichen Desinteresse“ der Deutschen an ihren Streitkräften zu tun haben. Wenn wir gegen das primitive Recht des Stärkeren für die Stärkung des internationalen Rechts eintreten wollen, dann wird die Bundeswehr auch in Zukunft den Vereinten Nationen dabei helfen müssen, dem Unrecht Schranken zu setzen.

Hans Peter Bartels



Parteivorsitzender Sigmar Gabriel wird das Buch von Hans-Peter Bartels am 26. Juni in Berlin der Öffentlichkeit vorstellen.

»WIR SIND DIE GUTEN«
Erfahrungen und Anforderungen
deutscher Verteidigungspolitik

Hans-Peter Bartels

vorwärts | buch

Das Buch hat 160 Seiten und ist für 10 € im Buchhandel erhältlich.

Ostseetage im Deutschen Bundestag



Franz Thönnes (re.) bei der Diskussion mit Teilnehmern der Baltic Youth Session im Paul-Löbe-Haus

In der Zeit vom 1. Juli 2011 bis 30. Juni 2012 hatte Deutschland die Präsidentschaft im Ostseerat. Dieser Zusammenschluss aller elf Ostseeanrainer vor 20 Jahren trug maßgeblich dazu bei, das Mare Baltikum nach dem Fall des Eisernen Vorhanges von einem die politischen Blöcke trennenden zu einem die Menschen in der Region verbindenden Meer zu entwickeln.

Heute ist die Ostseeregion gerade für Schleswig-Holstein von zentraler Bedeutung. Die Wirtschaft wächst schnell und ist Motor für Arbeitsplätze und Wohlstand in den Anrainerstaaten. Doch nicht nur im wirtschaftlichen und sozialen Bereich, sondern auch in ökologischen Fragen und im kulturellen Austausch ist für das gemeinsame Streben nach einem wettbewerbsfähigen und sozialen Europa eine gute Kooperation der Ostseeanrainer wichtig. Im Rahmen der Präsidentschaft hat das Auswärtige Amt deshalb vom 23. bis zum 27. April 2012 in Berlin Ostseetage veranstaltet mit einer Vielzahl von Kultur-, Gesprächs- und Fachveranstaltungen.

Auf Einladung von SPD-MdB Franz Thönnes, Vorsitzender der Deutsch-Nordischen Parlamentariergruppe und Mitglied des Ständigen Aus-

schusses der Ostseeparlamentarierkonferenz, sowie weiteren Kollegen kamen am 24. April Abgeordnete aus dem gesamten Ostseeraum im Deutschen Bundestag zum Dialog zusammen, um sich über die aktuellen Probleme, aber auch Chancen der Region auszutauschen.

Den Gedanken lebend, die Ostsee als ein die Menschen verbindendes Meer zu verstehen, diskutierten sie im Anschluss mit Teilnehmern der zeitgleich tagenden Ostseejugendkonferenz und des 10. Forums der Nicht-Regierungsorganisationen über die dort besprochenen Themen der Partizipation von Jugendlichen sowie der Bürgergesellschaft insgesamt.

„Diese Woche hat die Bedeutung des Ostseeraumes aus deutscher Sicht unterstrichen und unser Interes-

se an guten Formen der Kooperation eindrucksvoll zum Ausdruck gebracht. Darüber hinaus wurde mit dem Ostseeparlamentarierdialog, der Ostseejugendkonferenz und dem 10. Forum der Nicht-Regierungsorganisationen auch deutlich, dass die Zusammenarbeit nicht nur auf der Ebene der Regierungen, sondern auch der Parlamente und ganz besonders der Zivilgesellschaft gelebt werden muss“, resümiert Franz Thönnes die Ostseetage.

EU fördert Ostseegeschichtsbuch

Im März 2010 hatte Franz Thönnes den Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien, Staatsminister Bernd Neumann, um Unterstützung für das Projekt „Ostseegeschichtsbuch“ der Academia Baltica e.V. gebeten. Kürzlich hatten sich auch Bundestagsabgeordnete aus Schleswig-Holstein fraktionsübergreifend beim Außenministerium für eine Förderung eingesetzt. Jetzt erhielt Thönnes von Neumann endlich

die ersehnte Antwort: Die Europäische Kommission wird dieses Projekt mit 134.000 Euro aus dem EU-Kulturprogramm fördern. „Für die internationale Zusammenarbeit ist das gegenseitige Verstehen absoluter Grundfeiler. Es freut mich sehr, dass mit diesem Buch das Zusammenwachsen der Region auf ein breiteres Fundament gestellt wird“, so der SPD-Politiker. Kern des Projekts ist die Konzeption eines virtuellen

Geschichtsbuchs für den Ostseeraum. Es soll einerseits die kulturellen und historischen Gemeinsamkeiten der Nationen und Regionen an der Ostsee veranschaulichen und zeigen, dass die Geschichte des Mare Baltikum mehr ist als die Geschichte der einzelnen Staaten. Andererseits werden aber auch unterschiedliche Standpunkte und Perspektiven zur gemeinsamen Vergangenheit dargestellt.



SPD-Küsten-Talk: Rückenwind für gute Arbeit

Die Küstengang der SPD-Bundestagsfraktion war im April mit einer Veranstaltung an der Küste präsent: Zusammen mit meinen - Fraktionskollegen Uwe Beckmeyer, Ernst Dieter Rossmann, Hans-Peter Bartels und Ingo Egloff hatte ich zur Maritimen Betriebsrätekonferenz ins Lübecker Rathaus eingeladen. Unsere erste länderübergreifende Betriebsrätekonferenz hatte das Thema „Rückenwind für gute Arbeit – Perspektiven für Schiffbau, Meerestechnik und die Offshore-Branche an der Ostsee“.

In zwei Diskussionsrunden haben wir die Chancen der Offshore-Windenergie für die Ostseeregion und den Fachkräftebedarf in der Branche beleuchtet. Gemeinsam mit den Vertretern von Gewerkschaften, Verbänden und Unternehmen der Schiffbau- und Offshore-Windbranche sowie Beschäftigten aus Schleswig-Holstein, Hamburg und Mecklenburg-Vorpommern erörterten wir die Frage, wie die dynamische Entwicklung in diesem Zukunftsmarkt dauerhaft für Wachstum und neue Jobs an der

Küste sorgen kann.

Einen ersten Impuls erhielten wir durch das Referat von Volker Schlotmann, Minister für Energie, Infrastruktur und Landesentwicklung des Landes Mecklenburg-Vorpommern (SPD). Angesichts der anstehenden Aufgaben für eine zügige Energiewende wies er darauf hin, dass Bundesländer, Parteien und Unternehmen sowie Betriebsräte im Norden kooperieren müssen, um im Wettbewerb der

Energiebranche gut aufgestellt zu sein. Der Norden dürfe sich nicht spalten lassen.

Denn – und das wurde offensichtlich – die Offshore-Windenergie bietet großes Potenzial, wenn es um neue Arbeitsplätze und die heimische Wertschöpfung geht. Es wurde deutlich, dass seitens der Bundesregierung ein Gesamtkonzept und klare rechtliche Standards vor allem im Hinblick auf Ausbildung und Arbeits-

schutz fehlen. Auch die Unternehmen sind gefordert, mehr in Forschung und Entwicklung und in die Qualifikation von Fachkräften zu investieren.

Wir als SPD-Bundestagsfraktion wollen mit regelmäßigen Betriebsrätekonferenzen an Nord- und Ostsee den Austausch mit den Kolleginnen und Kollegen in den Betrieben entlang der Küste verstärken.

Gabriele Hiller-Ohm



Ernst Dieter Rossmann (MdB), Frank Schnabel (Offshore-Häfen Nordsee SH), Wolfgang Zschiesche (ETEM), Thomas Rother (MdL), Ingo Egloff (MdB), Uwe Beckmeyer (MdB), Ralf Sören Marquardt (VSM), Donald Magdanz (Vestas), Frank Krummer (EnBW) und Hans-Peter Bartels (MdB)

Große Wissenslücken in punkto Offshore-Fachkräftebedarf

„Der Bundesregierung liegen keine statistischen Daten hinsichtlich der Frage nach einem Fachkräftemangel in der Branche Offshore-Windenergie vor“, ist wohl der erstaunlichste Satz, der in der Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der SPD-Bundestagsfraktion mit der Drucksachennummer 17/9476 zu finden ist. Während Branchenexperten mit einem Zuwachs von 30.000 Stellen rechnen und schon jetzt einen Mangel an quali-

fizierten Fachkräften verzeichnen, fischt die Bundesregierung in dieser Hinsicht offenbar im Trüben. Ein Eindruck, der sich verfestigt, je mehr von den Antworten auf die 61 Fragen der Sozialdemokraten man liest.

Wie haben sich die Beschäftigtenzahlen in der Offshore-Windenergiebranche in den vergangenen elf Jahren entwickelt? - Dazu liegen keine statistischen Daten vor. Wie stellt sich die Entwicklung der

Arbeitsplätze in der Offshore-Windenergiebranche nach dem Grad der Qualifikationen dar? - Dazu liegen keine Daten aus der amtlichen Statistik vor.

Angesichts der überaus dünnen Faktenlage, die das Bundesministerium für Arbeit und Soziales in dem Dokument präsentiert, drängt sich die Frage auf, warum die Bundesregierung überhaupt um eine vierwöchige Fristverlängerung bei der Beantwortung bitten musste.

Immerhin hat die Bundesregierung richtig erkannt: „Ziel muss es sein, in Deutschland spezifische Aus- und Weiterbildungsprogramme zu entwickeln, um den Standort Deutschland auch in dem neuen Industriezweig Offshore-Windenergie dauerhaft konkurrenzfähig zu sein.“ - Da bleibt nur zu hoffen, dass Merkel und Co. bei diesem Projekt erfolgreicher sind als beim Management der Energiewende im vergangenen Jahr. (nb)

Verkehrspolitik: Schluss mit dem Wunschkonzert

Unter der Überschrift „Projekt Zukunft“ bereitet sich die SPD-Bundestagsfraktion derzeit in acht Arbeitsgruppen intensiv auf die Übernahme der Regierungsverantwortung nach der Bundestagswahl 2013 vor. Die AG Infrastrukturkonzepts hat das Konzept „Das Verkehrsnetz von morgen planen – Von der Verkehrswegeplanung zur Bundesverkehrsnetzplanung“ erarbeitet und dafür von vielen Verbänden – vom BDI bis zum BUND – viel Anerkennung geerntet, wie die Landesgruppe von AG-Sprecher Sören Bartol kürzlich erfuhr.

Besonders gelobt wird der Realitätsansatz, der das bis dato praktizierte Wunschkonzert bei der Bundesverkehrswegeplanung beenden soll. So plädiert die SPD-Bundestagsfraktion in dem Konzeptpapier dafür, sich „ehrlich zu machen“ und nur noch die Projekte im Bundesverkehrswegeplan (BVWP) aufzuführen, für die auch Geld im Bundeshaushalt vorhanden ist. Zukünftig sollen zudem nicht einfach die Projekte realisiert werden, die zuerst planfestgestellt sind. Gebaut werden soll prioritär das, was nach einem Mobi-

litätskonzept auf Grundlage vorher festgelegter verkehrspolitischer Ziele, das alle Verkehrsträger einbe-

zieht, notwendig und sinnvoll ist. Alle Verkehrsprojekte müssen in diesem Zusammenhang einer Neubewertung unterzogen werden.

Einziger Wermutstropfen bei der Umstellung auf eine integrierte Verkehrsnetzplanung: Ein Neubeginn „bei Null“ ist nicht in allen Fällen möglich. Dazu gehören zum einen die Projekte, die sich derzeit im Bau befinden.

„Diese müssen zu einem sinnvollen Ende gebracht werden“, so Bartol. Zum anderen gibt es Verpflichtungen, die sich aus Staatsverträgen ergeben. Dementsprechend geht der Verkehrspolitiker davon aus, dass der Fehmarnbeltunnel realisiert werden wird.

Lob vom Fachmann gab's für die Beschlüsse zur A 20 aus dem Koalitionsvertrag der neuen Kieler Landesregierung. Diese entsprächen genau dem im Konzeptpapier propagierten Realitätsansatz. Bezüglich der Wasserstraßen in Schleswig-Holstein plädiert der Marburger Bundestagsabgeordnete dafür, sich mit Blick auf die überaus knappen Finanzmittel auf die Baumaßnahmen am Nord-Ostsee-Kanal zu konzentrieren. „Wir müssen Prioritäten setzen. Ohne das geht es nicht!“, betont Sören Bartol. (nb)



SPD-Verkehrsexperte Sören Bartol (re.) zu Gast bei der Landesgruppensitzung am frühen Donnerstagmorgen

„Das Land ist underperformed“

„Schleswig-Holstein bleibt derzeit unter seinen Möglichkeiten“, monierte der Präses der IHK Schleswig-Holstein, Christoph Andreas

Leicht beim Gespräch mit der Landesgruppe Anfang Mai, bei dem er einige Kernaussagen des IHK-Strategiepapiers „Schleswig-Holstein

2030“ erläuterte. In einem wirtschaftlich so heterogen strukturierten Bundesland habe die Politik eine Vernetzungsaufgabe zu erfüllen.

Den Bedarf an Fachkräften zu decken, sei die größte Herausforderung für den Wirtschaftsstandort im Norden der Republik. „Schleswig-Holstein muss Zuzugsland werden. Außerdem müssen wir den Braindrain unterbinden“, so Leicht.

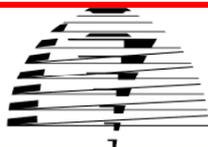
Der neuen Landesregierung wünschte der IHK-Präsident die Kraft, das Land zu erneuern. Auch Franz Thönes gab der Hoffnung Ausdruck, dass die Schleswig-Holstein-Ampel an die visionäre Ära von Engholm anknüpfen kann. (nb)



Christoph Andreas Leicht, Hans-Peter Bartels und Matthias Schulz-Kleinfeldt (IHK Lübeck) beim Gespräch in Berlin

Ausblick

Während in Schleswig-Holstein in der nächsten Woche die Ferien beginnen, kommt der Deutsche Bundestag in Berlin zu seiner letzten Sitzung vor der Sommerpause zusammen. Für die Landesgruppe stehen am kommenden Donnerstag Gespräche mit der Europaabgeordneten **Ulrike Rodust** und dem SPD-Landes- und Fraktionsvorsitzenden **Ralf Stegner** auf dem Programm. Am Freitag wird das Plenum über den Fiskalpakt bestimmen. Highlight für Abgeordnete wie Mitarbeiter ist das Fraktionsfest am Dienstagabend im „Haus der Kulturen der Welt“, das aufgrund seiner Architektur in der Hauptstadt kurz „Schwangere Auster“ heißt.



Ramsauer setzt die WSV auf Grund

Noch im April hat Bundesminister Peter Ramsauer mehrfach dementiert, dass es zu Schließungen von Direktionsstandorten der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung kommen wird. In seinem Mitte Juni vorgelegten Papier jedoch steht etwas anderes.

Der Minister plant eine neue WSV-Zentrale in Bonn. Alle Direktionen werden zu bloßen Außenstellen degradiert. Damit wird künftig am Mittelrhein entschieden, was für die Wasserstraßen von Nordsee bis Passau notwendig ist. „Das offenbart einmal mehr nicht maritimes Denken, sondern reines Verwaltungsdenken“, kommentiert Hans-Peter Bartels.

Für Schleswig-Holstein bedeuten Ramsauers Pläne konkret: Die Direktion Nord in Kiel wird geschlossen, bleibt allerdings zunächst als Außenstelle der Bonner Zentrale erhalten. Die Wasser- und Schifffahrtsämter in Lauenburg und Lübeck werden zu Außenstellen der Einrichtungen in Magdeburg und Stralsund. Lediglich die Ämter in Kiel-Holtenau und Tönning bleiben in ihrem jetzigen Zustand erhalten.



Verkehrsminister Ramsauer sieht die Welt verkehrt

Quelle: BMVBS/
Frank Ossenbrink

Sechs Wochen frei ...

Am Montag beginnen die Sommerferien in Schleswig-Holstein. Endlich mehr Zeit für Freunde, Bücher und Sport. Oder auch für Ausflüge mit der Familie. — Die sechs schleswig-holsteinischen SPD-Bundestagsabgeordneten verraten, wo es in ihren Wahlkreisen am schönsten ist. Aktivitäten am und auf dem Wasser stehen dabei hoch im Kurs. Wasser „von oben“ ist hingegen nicht vorgesehen. Die Landesgruppe wünscht allen Schülerinnen und Schüler sonnige Ferien und gute Erholung!

Lübeck vom Wasser aus erleben

Gabriele Hiller-Ohm:

„Lübeck und Wasser – da denkt man an Travemünde und Ostsee. Doch auch in und um Lübecks Altstadt gibt es wunderbare Wasserparadise. Die Wakenitz – als Amazonas des Nordens bekannt – bietet Familien wunderbare Möglichkeiten zu paddeln, zu rudern oder Tretboot zu fahren. Wer kein eigenes Boot dabei hat, kann sich zum Beispiel an der Moltkebrücke in der Moltkestraße Boote ausleihen.

Auf jeden Fall sollte man den Lübecker Schulgarten an der Wakenitz besuchen. Dies ist ein echter Geheimtip für Familien. Im Sommer kann man in einem Gewächshaus wunderbar



Kaffee trinken. Ein Spielplatz und eine historische Flußbadeanstalt sind direkt in der Nähe. Der Schulgarten liegt „An der Falkenwiese“ zwischen dem Freibad an der Falkenwiese am Wakenitzufer. Geöffnet ist er von April bis Oktober täglich von 8 bis 20 Uhr.

Wer sich körperlich nicht gern betätigen möchte, dem empfehle ich eine Schiffsrundfahrt, entweder auch auf der Wakenitz oder direkt in der Altstadt von Lübeck auf der Trave. Anlegestellen befinden sich hier in der Nähe des Holsten-tors.“

Erst in den Hansa-Park, dann an den See!

Bettina Hagedorn:

„Für junge Familien ist der Hansa-Park in Sierksdorf als einer der größten Vergnügungsparks Deutschlands natürlich ein absolutes „Muss“. Auf fast 50 Hektar gibt es von der Achterbahn bis zur Wildwasserfahrt und vom Aussichtsturm bis zur Safari viele tolle Attraktionen für Groß und Klein!

Wer sich abseits vom Trubel in der schönen Natur Ostholsteins erholen will, dem empfehle ich einen Ausflug an den Griebeler See unweit des Bungsbirgs. Ich selbst habe

zwanzig Jahre in Griebel gewohnt und verbinde mit diesem Ort viele schöne sommerliche Erinnerungen an lange Strandtage mit

meinen drei Söhnen. Mittlerweile gehe ich gern so oft es geht mit meiner Enkelin Leni am Ufer spazieren – das ist Erholung pur!“



... - Was unternehmen wir?

Ganz naturnah - mitten in der Stadt

Hans-Peter Bartels:

„Die Ferien sind da und wir planen mit Kindern einen Ausflug ins Grüne? - Dann auf ins Tiergehege Hammer in Kiel! Die vielfältige Landschaft mit Wald, Weiden und Teichen ist von Wanderwegen durchzogen. Auf 15,2 Hektar kann man Tarpferde, Muffelwild, Rot- und Damwild beobachten. Nach einem kurzen oder langen Spaziergang laden

Tische und Bänke, die mit grasbedeckten Dächern wahlweise vor Sonnenstrahlen oder einem Sommerregen schützen, zu einem ausgedehnten Picknick ein. Während die Erwachsenen klönen und die Ruhe genießen können, entdecken die Kinder die Geheimnisse des Waldes. Und das Schönste dabei: Es ist kostenlos und schont den Geldbeutel. Viel Vergnügen!“



Kleine Eichhörnchen besuchen

Sönke Rix:

„Ob Sonne oder Regen: Ein Besuch der Eichhörnchen-Auffangstation in Eckernförde lohnt sich immer. Die

Station ist täglich außer montags von 10 bis 16 Uhr geöffnet.

Sie befindet sich auf dem Gelände des Umwelt-Info-Zentrums am Noorwanderweg, in der Verlängerung des Hans-Christian-Andersen-Wegs in Eckernförde. Der Eintritt ist frei. Über eine Futter- oder Geldspende würden sich die Eichhörnchen jedoch sehr freuen. Diese Mittel kommen zu 100 Prozent dem Projekt zugute. Mehr Infos unter www.eichhoernchen-eck.de.“



Karl- May-Spiele Bad Segeberg - ein Erlebnis für Jung und Alt

Franz Thönnies:

„Auf Pferden galoppierende Rothäute, eine neue Heimat suchende Siedler, dunkle Gestalten, knallende Colts, laute Explosionen und packende Zweikämpfe - so kennt man seit 1952 die im Freilichttheater von Bad Segeberg aufgeführten Karl-May-Spiele. Zusammen mit einem Hauch Westernromantik und einer Menge Spaß wird hier seit einem guten halben Jahrhundert ein Erlebnis für die ganze Familie geboten.

Dieses Jahr reitet der Häuptling der Apachen, gespielt von Erol Sander, vom 23. Juni bis 2. Septem-



ber im Stück „Winnetou II“. Und das Beste: Hier spielen die „Rothäute“ die Guten und am Ende gewinnen sie immer. Wenn das in der Politik nur auch so wäre ...“

An der Elbe, in der Marsch

Ernst Dieter Rossmann:

„Mein Sommer-Tipp für die ganze Familie ist ein Besuch an der Elbseite von Wedel. Die Stadt wird dieses Jahr 800 Jahre alt und hat für jede Generation etwas zu bieten: Das Schuh-lauer Fährhaus mit der Schiffsbegrüßungsanlage „Willkomm Höft“ für jene, die bei Kaffee und Kuchen gern große Schiffe sehen und die Nationalhymnen ihrer Heimatländer hören,

das Wedeler Strandbad mit einem von der DLRG gut beschütztem Badeplatz, vielen grünen Wiesen und Spielmöglichkeiten für kleine und große Kinder. Und schließlich die Haseldorfer Marsch für diejenigen, die sich gern in der freien Natur bewegen und dabei seltene Vögel beobachten wollen. Das geht besonders gut in der Carl Zeiss Vogelstation des Naturschutzbundes NABU bei Hetlingen.“



Foto: Familie Hermann. www.haseldorfer-marsch.de



Trotz Schuldenbremse: CDU, CSU und FDP verdoppeln Neuverschuldung beim Nachtragshaushalt

In Europa spielen sich Merkel und Schäuble als angebliche Musterknaben beim Sparen auf, doch der am 13. Juni verabschiedete Nachtragshaushalt 2012 beweist das Gegenteil. Auch die Sachverständigen in der Anhörung des Haushaltsausschusses fällten ein einhelliges Urteil: Konsolidierung ungenügend! Um knapp sechs Mrd. Euro erhöht Schwarz-Gelb erneut die Neuverschuldung. Fast sechs Mrd. Euro zusätzliche Schulden, die vollkommen unnötig wären, würde Schwarz-Gelb die Konsolidierung des Haushaltes und die Verantwortung gegenüber der nächsten Generation wirklich ernst nehmen anstatt sie nur in Sonntagsreden wie eine Monstranz vor sich herzutragen.

Man traut seinen Augen kaum: Obwohl mit der Schuldenbremse im Grundgesetz der Staat bei guter Konjunktur eigentlich von Jahr zu Jahr weniger neue Schulden machen soll, verdoppelt Schwarz-Gelb mit dem Nachtragshaushalt die Nettokreditaufnahme von 17 Milliarden 2011 auf 32 Milliarden für 2012 – trotz brummender Konjunktur. Obwohl der Bund 2012 erneut ein Steuerplus von 4,3 Milliarden Euro gegenüber dem Rekordniveau von 2011 verbuchen kann, obwohl die Ausgaben für die Arbeitslosigkeit erneut gesunken sind und die Einnahmen bei den Renten- und Krankenkassen dank

guter Beschäftigung kräftig sprudeln, obwohl Schäuble 2012 durch das für Deutschland historisch niedrige Zinsniveau allein über 2,2 Milliarden Euro weniger für Zinsen ausgeben muss, als er selbst noch im November plante, fehlt der Bundesregierung offensichtlich jeder Ehrgeiz ernsthaft zu sparen und nachhaltig zu konsolidieren.

Ankündigungsminister Schäuble

Die 8,7 Milliarden Euro, die bereits dieses Jahr als erste beiden Tranchen zur deutschen Beteiligung am Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) fließen sollen, hätte Schwarz-Gelb angesichts dieses Konjunktur-Booms ohne zusätzliche Neuverschuldung schultern können.

Mehrere Sachverständige listeten in der Anhörung des Haushaltsausschusses am 6. Juni konkret auf, wo Schwarz-Gelb ihre eigenen Ankündigungen vom Sommer 2010 zum sogenannten Sparpaket längst beerdigt hat: Bei der Brennelementesteuer zum Beispiel, die weitgehend entfällt, fehlen Einnahmen von einer Milliarde Euro jährlich, und die von Herrn Schäuble

noch 2010 geplante Finanztransaktionssteuer – die schlicht nicht umgesetzt wurde und erst jetzt auf massiven Druck von SPD und Grünen wieder auf der Tagesordnung steht – sollte eigentlich zwei Milliarden Euro pro Jahr zusätzlich in die Kassen spülen. Die Reform im Verteidigungsministerium sollte – von Schäuble 2010 groß angekündigt - bis 2014 über acht Milliarden Euro einsparen. – In Wahrheit ist das genaue Gegenteil der Fall. Viele zusätzliche Milliarden fließen in den Haushalt von Verteidigungsminister de Maizière.

Mit gut 50 Milliarden Euro sollten die Wirtschaft, Strukturereformen und Entbürokratisierung bis 2014 eigentlich über die Hälfte des schwarz-gelben Sparpaketes beitragen – aber zu zwei Drittel sind diese vollmundigen Ankündigen nicht umgesetzt worden: Während Merkel und Schäuble in Europa – zu Recht – Reformwillen, mutige Strukturveränderungen und Sparsamkeit predigen, servieren sie sich selbst Zuhause Wein statt Wasser, setzen ihre Klientelpolitik fort, fordern zum Beispiel von Energiemultis und Finanzjongleuren nicht – wie selbst angekündigt – Beiträge zur Haushaltssanierung. Die Fortsetzung dieser schwarz-gelben Klientelpolitik kostet den deutschen Steuerzahler nicht nur zweistellige Milliardenbeträge – sie macht Merckels Lieblingsrolle als Oberlehrerin in Europa auch komplett unglaubwürdig.

Besonders bitter: Der einzige Teil des schwarz-gelben

„Sparpaketes“, der konsequent und 100prozentig umgesetzt wurde, sind die Kürzungen von über 30 Milliarden Euro allein bis 2014 zu Lasten der Langzeitarbeitslosen und ihrer Familien sowie zu Lasten

Kürzen am falschen Ende

der Bundesagentur für Arbeit. – Erinnern wir uns: knallhart wurden der Rentenzuschuss und das Elterngeld für Hartz-IV-Empfänger gestrichen, der Heizgeldzuschuss für Wohngeldempfänger, die aktive Arbeitsmarktpolitik und die Mittel der Jobcenter wurden zusammengestrichen und zirka 15.000 Mitarbeiter bei der Bundesagentur für Arbeit und in den JobCentern werden bis 2015 „abgebaut“ – auch in Schleswig-Holstein. Die soziale Schiefelage à la CDU/CSU und FDP setzt sich mit diesem Nachtragshaushalt leider weiter fort.

Bettina Hagedorn



Bettina Hagedorn ist Mitglied des Haushaltsausschusses und stellvertretende haushaltspolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion

Impressum

„Bundestag direkt“

Herausgeber

Dr. Ernst Dieter Rossmann, MdB, Sprecher der Landesgruppe Schleswig-Holstein

Redaktion & Layout

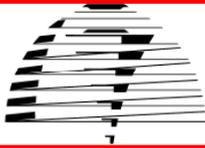
Nadine Brockmann

Büro der Landesgruppe:
PLH, 7.144, 11011 Berlin
Tel.: 030/227-75318

Mail: sh-ig.spd@bundestag.de

Schlusskorrektur

Kai Mühlstädt, Büro Dr. Hans-Peter Bartels, MdB



Starke Hochschulen für unser Land!

„Zu unserem Verständnis einer guten Wissenschaftspolitik gehört, Forschung und Lehre als gleichwertige Säulen auszubauen.“ Dieser Kernsatz des neuen Koalitionsvertrages von SPD, den Grünen und dem SSW hat mit den aktuellen Entscheidungen im Exzellenzwettbewerb, der vom Bund und den Ländern über den Wissenschaftsrat und die Deutsche Forschungsgemeinschaft organisiert wird, für Schleswig-Holstein in den vergangenen Tagen eine hochaktuelle Bestätigung bekommen.

Schleswig-Holstein konnte sich die Weiterführung der Exzellenzcluster „Ozean der Zukunft“ (Uni Kiel) und „Entzündungen an Grenzflächen“ (Uni Kiel und Uni Lübeck) für die kommenden fünf Jahre sichern. Auch die Graduiertenschule an der Christian-Albrechts-Universität, in der sich angehende Doktoranden mit „Integrierten Studien zur menschlichen Entwicklung in Landschaften“ befassen, wird weiter gefördert. Damit bekommt Schleswig-Holstein rund 100 Millionen Euro aus dem Gesamtfonds von 2,7 Milliarden, mit denen Bund und Länder die Spitzenforschung an den Universitäten bis 2017 zusätzlich fördern werden. Ernst Dieter Rossmann, Sprecher für Bildung und Forschung der SPD-Bundestagsfraktion: „Das ist eine hohe Anerkennung unserer Forschungsleistung und zeigt einmal mehr, dass auch ein kleines Land ein klares Profil gewinnen kann. Medizinische und Meeresforschung bleiben dabei die Markenzeichen für Schleswig-Holstein.“

Ohne das Fundament starker Hochschulen mit einem quantitativ ausreichenden und qualitativ guten Angebot an Studienplätzen nützen aber auch die besten Erfolge in der Forschungsexzellenz nichts. Mit den Hochschulpakten I und II sind Bund und Länder seit Langem bemüht, dem

wachsenden Studieninteresse der jungen Menschen in Deutschland und im Ausland gerecht zu werden. Die Prognose der Kultusministerkonferenz vom 24.1.12 sagt auch für das nördlichste Bundesland einen zusätzlichen Bedarf von 2000 Studienanfängerplätzen voraus. 26.000 Euro pro Platz werden dafür vom Bund und vom Land hälftig zur Verfügung gestellt. Rossmann: „Schleswig-Holstein hat im Bundesvergleich



Probenentnahme vom Forschungsschiff aus mit sog. „Landern“.
Foto & ©: GEOMAR - Helmholtzzentrum für Ozeanforschung Kiel

deutlich zu wenig Studienplätze. Umso wichtiger ist es, dass sich die neue Regierung verpflichtet hat, diesem zusätzlichen Bedarf mit zusätzlichen Mitteln Folge zu leisten.“ Auch die Ankündigung der neuen Landesregierung, die Tarifsteigerungen an den Hochschulen abzudecken und De-facto-Kürzungen durch Inflation in einem ersten Schritt auszugleichen, wer-

tet der SPD-Bildungspolitiker als ein „bedeutendes Versprechen gegenüber den Hochschulen“.

Die Hauptleistung bei der Schaffung zusätzlicher Studienanfängerplätze werden dabei in Schleswig-Holstein wie im gesamten Bundesgebiet von den Fachhochschulen erbracht. Rossmann: „Das darf aber nicht zu dem Missverständnis führen, dass die Fachhochschulen nicht auch zunehmend in der Forschung aktiv sein und gerade in der anwendungsnahen Forschung wichtige Ergebnisse erzielen. Das Bundesprogramm Forschung an Fachhochschulen wird deshalb von der SPD-Bundestagsfraktion auch regelmäßig mit Initiativen zur Erhöhung der Haushaltsmittel begleitet.“



Ernst Dieter Rossmann ist Sprecher der AG Bildung und Forschung der SPD-Bundestagsfraktion

Studiums von der Union und der FDP nicht ernst genommen. Unsere Parlamentsinitiativen hierzu im Bundestag werden von den Schwarzgelben regelmäßig abgelehnt.“ In Schleswig-Holstein hat sich die neue Regierungskoalition dagegen darauf verständigt, das Studentenwerk bei der Schaffung von Wohnraum für Studierende zu unterstützen. 600 zusätzliche Plätze sollen entstehen.

Und noch eine Idee aus Schleswig-Holstein freut den SPD-Bundesbildungspolitiker ganz besonders. Die Universität Flensburg soll zur grenzüberschreitenden Europa-Hochschule ausgebaut werden. Rossmann: „Bei der Überarbeitung der europäischen Bildungsprogramme, die jetzt für den Zeitraum 2014 bis 2020 ansteht, setzt sich die SPD besonders für die europäische Bildungsidee ein. Das Konzept einer europäischen Hochschule ist hier ein zentraler Punkt. Und wo, wenn nicht im deutsch-dänischen Nachbarschaftsraum mit seiner ganz besonderen Geschichte, kann diese Idee besonders gut umgesetzt werden.“

Aktiv einsetzen wird sich die SPD-Bundestagsfraktion auch weiterhin für die soziale Seite des Studiums, angefangen bei der Stärkung des BAföG bis hin zum Ausbau des studentischen Wohnraums. Rossmann: „In Deutschland fehlen über 20.000 Wohnheimplätze und in Schleswig-Holstein sogar überdurchschnittlich viele. Leider wird dieses wichtige soziale Umfeld des



Extremismusklausel: Schröder erleidet Schlappe vor Gericht

Das Verwaltungsgericht Dresden hat Ende April die Extremismusklausel von Familienministerin Kristina Schröder für nichtig erklärt. Dies ist ein wichtiger Sieg für alle Vereine und Verbände, die sich Tag für Tag für Demokratie und gegen Rechtsextremismus einsetzen. Sie sollten zur Gewährung von staatlichen Zuschüssen eine Erklärung unterschreiben, dass sich sie selbst und auch ihre Partner zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung bekennen. Das war dem Gericht zu unbestimmt.

Ob sich eine Vereinigung oder eine Institution noch auf dem Boden der freiheitlich-demokratischen Grundordnung befindet, entscheiden in Deutschland immer noch die Gerichte und nicht eine Unterschrift auf einem Blatt Papier. Diese grundlegende Tatsache unserer Verfassung missachtet die Familienministerin Schröder mit der erzwungenen Unterschrift unter die Extremismuserklärung. Aus dem Urteil kann es nur eine Konsequenz geben: Die Einstellung der Extremismusklausel. Ministerin Schröder muss umgehend

auf die Einforderung dieser Erklärung verzichten. Weiterhin muss sofort den Vereinen und Verbänden, die wegen der Verweigerung der Unterschrift bisher keine Zuschüsse erhalten haben, das Geld nachgezahlt werden. Schon eingegangene Erklärungen müssen sofort vernichtet werden. Zudem sollte die Bundesregierung prüfen, wem sie Geld für Gutachten zahlt. Sie ist im Besitz eines Gutachtens, das die Verfassungsmäßigkeit der Extremismusklausel attestiert.

Sönke Rix



Sönke Rix ist Sprecher der AG Rechtsextremismus der SPD-Bundestagsfraktion und Mitglied im Untersuchungsausschuss zur Mordserie der NSU

Standortschließungen

Seit Oktober 2011 ist klar: Schleswig-Holstein wird von der Umstrukturierung der Bundeswehr besonders stark betroffen sein und verliert 41 Prozent seiner Dienstposten. Mitte Juni stellte Verteidigungsminister de Maizière den Zeitplan

für die Standortschließungen vor. SPD-Verteidigungsexperte Hans-Peter Bartels fordert: „Betroffene Kommunen müssen bei bestehenden Förderprogrammen zukünftig besonders berücksichtigt werden.“

2012:

Enge-Sande (Munitionslager)

2013:

Lütjenburg (Schill-Kaserne)

Leck (Patriot-Stellung Flugpl.)

2014:

Mölln (Aus- u. Weiterbildung)

Schleswig (Dienstgebäude Kreiswehrrersatzamt)

Flensburg (Dienstgebäude Femmeldebereich 91)

Idstedt (Richtfunk-, Schalt- und Vermittlungsstelle)

Kiel (Dienstgebäude Wehrbereichskommando I und Marine-Flugplatz Holtenau)

2015:

Hörup (Marinefunksendestelle)

Itzehoe (Dienstgebäude Dienstleistungszentrum)

Seeth (Stapelholmer Kaserne)

2016:

Boostedt (Rantzau-Kaserne)

Kiel (Dienstgebäude Sanitätskommando)

2017:

Bramstedtlund (Sanitätsmateriallager)

Flensburg (Dienstgebäude Dienstleistungszentrum)

Eckernförde (Preusser-Kaserne)

Ladelund (Materiallager)

2018:

Bargum (Materiallager)

2019:
Alt Duvenstedt (Hugo-Junkers-Kaserne)

Hohn (Flugplatz)

2022 (spätestens):

Glücksburg
(Flottenkommando)

Fiskalpakt: Länder und Kommunen entlasten!

„Wenn der Fiskalpakt, also die sogenannte Schuldenbremse für die europäischen Staaten kommt, müssen Länder und Kommunen gleichzeitig spürbar entlastet werden!“ Das fordert der Sprecher der schleswig-holsteinischen SPD-Bundestagsabgeordneten, Ernst Dieter Rossmann.

Schon das Einhalten der beschlossenen Schuldenbremse sei für die Länder ein echter Kraftakt, die weiter verschärften Bedingungen des Fiskalpaktes seien ohne die Hilfe des Bundes aber nicht zu schaffen, betont Rossmann.

Die SPD-Landesgruppe Schleswig-Holstein unterstützt deshalb die Forderung der SPD-regierten Bundesländer, dass der Bund künftig die Kosten für die Eingliederungshilfe schrittweise übernimmt. „Das wäre für das Land eine echte Erleichterung und würde auch deswegen sehr helfen, weil diese Kosten seit Jah-

ren hohe Zuwachszahlen aufweisen“, berichtet Rossmann.

Für den Landeshaushalt würde die Übernahme durch den Bund eine Hilfe in der Größenordnung von mehreren hundert Millionen Euro bedeuten. Rossmann: „Konservativ gerechnet geht es für Schleswig-Holsteins Kreise und das Land zusammengenommen um mindestens 570 Millionen Euro jährlich.“



Landesgruppensprecher Ernst Dieter Rossmann